

# Ortsnachrichten

## Für Arbeit ist kein Geld vorhanden!

Landtagsausschüsse lehnen Wegebau und Arbeitsbeschaffung ab / Die Brüning-Regierung nimmt den letzten Rest der Unterfütterung / Die Gemeinden machen Konkurs

### Auffklärung tut not! Stoßbrigaden vor!

Stadenan fordert Cohnmannsdorf heraus zum Wettbewerb bis Parteitag der SPD, Anfang Juni, 200 Reichsmark „Spaltung der Einheit?“ an SPD-Mitglieder abzugeben. Da die Broschüre so wichtiges Material enthält müssen alle Ortsgruppen daran gehen, selbige an den Mann zu bringen.

### Resultat der Elternratswahl in Rodenau

Abgegebenes Stimmen: 428. Davon entfallen auf Liste 1 meist-liche Schule 130 Stimmen 3 Sitze. Liste 2 priv. Schulkamp 47 Stimmen 1 Sitz. Liste 3 Gröf. Liste 210 Stimmen 3 Sitze.

### Heraus zur Landarbeit!

Alle Ortsgruppen müssen bestimmt alle Teilnehmer zu dem am 7. Juni in Braunsdorf und Wilsdruff bestimmten Aufmarsch bis zum 25. Mai der W-B-Zeit gemeldet haben. Ortsgruppen, die den Anweisungen nicht nachkommen, haben kein Recht auf Quartier und Verpflegung.

### Vorstoß auf dem Lande

In dem Arbeitsgebiet Rodenau-Röhlschroda gelang es mit Hilfe des BB 6, ein neues Fundament der SPD zu schaffen. Am Sonntag dem 16. 5. fand in Röhlschroda eine öffentliche Grünungsversammlung einer Ortsgruppe der SPD statt. Die neuen Genossen legen ein Truggeldnis ab, im Geiste Lenins bei dem Landvolk weiter vorzudringen. In seinem Referat veranschaulichte der Genosse Ermer ausproben, die Bauern zu überzeugen, daß es gilt, zu organisieren die Volksevolution, sowie zu kämpfen das kapitalistische System und ein freies, sozialistisches Deutschland zu errichten.

### Großes russisches Ballett in Rodenau

Sonntag, 30. Mai, in Krilles Gasthof. Sorgt für Massenbelustigung. Kampfband gegen den Bolschewismus BB 6.

## Getaufte G.M.-Banditen

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Sonntag dem 16. Mai machten die Nazis in Rauen Prozedura für die Landwirte in der Stadt für ihre dunklen Ziele zu werben.

Am 11. Uhr bekamen sie dann auch ihren Lohn in Form von Mitteln beim Reichswehrminister Reichmann, Kauenstraße. Mit solchen Betrugsmethoden hält die NSDAP ihre Leute bei der Stange. Die profitorientierten Elemente in der NSDAP müssen daraus erkennen, daß sie mit der SPD für ihre Lebenszeit kämpfen müssen und nicht werden, bis etwas von den Tischen der Reichswehr. Die wertvollen Einmaligen Baugüter behalten vollständig das Gehaltskonto, die den Arbeitenden der Wertvollen Unterhaltung fehlen, in „besonders guter“ Erinnerung.

### Katastrophen bekommen einen Zritt

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Führer Daulheim, der jählich bekannte Führer der Heideburger Nazis, der im Heidenauer Prozeß als schuldig angeklagt wurde, die revolutionären Arbeiter auftrat, ist seines Postens enthoben worden, und an seine Stelle ein Fabrikant gesetzt worden.

## Kriegsopfer! Lernt daraus!

Die Verhältnisse in der Kriegsopferversorgung, wie sie allgemein durchgeführt werden, müssen auch den Leuten aus den Reihen der Kriegsopfer überzeugen, daß ihre erdämpften Rechte und Forderungen in dieser „demokratischen Republik“ keine Beachtung finden.

Im Kampf um die Rechte der Kriegsbeschädigten kommt die Tätigkeit und der Einsatz der Spruchrichter am Verordnungsamt besonders Bedeutung zu. Durch ein Bemühen, Kriegsopfer aus der Versorgung herauszuwerfen oder abzumindern, besonders der Regierungsrat Dr. Uhlig in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Spruchkammer am Verordnungsamt in Dresden dazu bei, daß das Vertrauen zur Rechtsprechung an sich und insbesondere das Vertrauen der Kriegsopfer zu einer gewissen Beurteilung ihrer Ansprüche sich in Höhe gegen die bezahlten Richter umwandelt.

Wenige und durch Bestimmungen verbundene Möglichkeiten sind den Kriegsopfern im Gesetz gegeben worden bei dem Kampf um ihre Rechte.

Der § 104 des Verf.G. ist für manchen Beschädigten das letzte Mittel, um gegen ärztliche Fehlbefunde und gegen die dem allgemeinen Abbau dienlich gemachten medizinischen Gutachten anzukämpfen.

Ebenmäßig gibt der § 104 dem Rententäger das Recht, die Gutachten auf seine Kosten zu beantragen, um den unbilligen Beurteilungen seiner Ansprüche entgegenzuwirken.

Die Kosten für diese Gutachten werden durch Gerichtsbescheid festgesetzt. Am 6. Mai 1931 hat Regierungsrat Dr. Uhlig die Vorsitzenden der 5. Spruchkammer in zwei Fällen die beantragten Gutachten nach § 104 Kostenverzicht von 100 Mk. bewilligt, und in zwei weiteren Fällen Kostenverzicht von je 50 Mk. als vom Rententäger zu leisten, als Gerichtsbescheid festgesetzt.

Wenn man weiß, daß die klagenden Kriegsbeschädigten vollkommen mittellos sind und kaum das Notdürftige zum Lebensunterhalt besitzen, wenn man fernschon weiß, daß das Fürsorgeamt der Stadt Dresden grundsätzlich die Übernahme der Kosten der Gutachten ablehnt, und wenn als Drittes feststeht, daß andere Spruchkammerverordnungen Kostenverzicht in Höhe von 20 bis 30 Mk. für ausreichend erachtet und auch ein großer Teil herangezogenen Gutachter nicht mehr als 20 bis 30 Mk. für ein Gutachten verlangen, dann verdient die Tätigkeit des Dr. Uhlig besonderer Anerkennung.

Die Wirtschaftskrise des Kapitalismus beginnt sich in immer härteren Maße auf die Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen auszuwirken. Die Pleite ist allgemein, und da trotz katastrophaler Finanznot die Ausgaben für Aufstände, Reichswehr, Polizei und Justiz noch erhöht werden müssen, werden eben die kapitalistischen Schwelger der Republik noch weitere Millionen an den sozialen Ausgaben sparen, das heißt die Möglichkeit zur Arbeitsbeschaffung bereits schänden. Das zeigt die letzten Ausschüttungen im Sächsischen Landtag erneut, in denen alle Mittel zur Arbeitsbeschaffung und Entlastung der Gemeinden abgelehnt wurden, weil — wenigstens für diese Ausgaben — kein Geld da ist!

In der letzten Sitzung des Ausschusses A stand das Kapitel 58 — Staatsstraßen und Wasserwege — zur Beratung. Dieses Kapitel ist nach der Beratung ein heiß umstrittenes Objekt gewesen. Die unzähligen Eingaben, die aus allen Teilen Sachsens an den Landtag gerichtet werden, zeigen alle in ihrem inneren Kern den Schrei nach Arbeit. Auf diesem Gebiet ist zweifellos eine unerschöpfliche Möglichkeit vorhanden, durch den Willen zur Arbeitsbeschaffung des Herr der Erwerbslosen zu erreichen. Hätte die Regierung schon beim Etat 1930 die Mittel weisentlich gestiftet, so hat nochmals eine starke Kürzung bei Kapitel 58 im Etat 31 stattgefunden.

Die kommunalistische Fraktion hat zu Kapitel Straßenbau Anträge eingebracht, die die Einziehung einer Summe von ungefähr 10 000 000 Mark fordern, um den Wegebau in allen Teilen Sachsens zu fördern, um den Erwerbslosen Arbeit und Brot zu geben.

Wie vorauszu sehen war, lösten diese Anträge eine heftige Debatte aus. Die Zustimmung darüber wurde verweigert. Die Vertreter der Regierung, wie der Reichspräsident, Finanzminister a. D. Dr. Weber, sprachen von der notwendigen Streckung des Wegebauprogrammes um der Wegebaukosten. Es seien keine Mittel vorhanden.

Der Vertreter des Finanzministeriums wollte einen Heberbüß über die gegenwärtige Finanzlage Sachsens geben, weshalb der Landtag, um die Pleite nicht öffentlich bekannt werden zu lassen, gegen unklare Stimmen Nichtöffentlichkeit beschloß.

Charakteristisch ist die Pleite bei der Beratung von Straßenbauarbeiten. Hier liegen viele Beschwerden gegen die Ver-

gung großer Unternehmen vor. Für Ostböhmen besteht zum Beispiel eine Stein- und Ziehbauunternehmung, die bei dem Preisabschreiben der Straßen- und Wasserbauarbeiten trotz größter Mühe nicht berücksichtigt wird, weil sich diese Genossenschaft aus arbeitslosen Steinlegern und Ziehbauarbeitern zusammensetzt. Den Großunternehmern werden hohe Summen in den Rücken geworfen. Dasselbe trifft für die sächsische Walzmühlensubstanz zu. Diese Arbeiten hat man an eine ober-sächsischen Großfirma vergeben, die unter Druck auf die Löhne der Arbeiter ein Preisunterangebot machte.

Im Ausschuß B hand die Beratung des Kapitels 1: Forsten. Bei dieser Beratung zeigte sich wieder einmal das arbeiterfeindliche Verhalten der SPD. Der kommunalistische Antrag, den Forstarbeitern eine Wertgegenstände von 4 Prozent und angemessene Weggelde zu gewähren, ferner die Regentage zu entlasten, wurde von der Fraktion der SPD abgelehnt.

Im Reichsausschuß wurde der Antrag der Landtagsfraktion, die Instandhaltung der Aushäute auf die Wassereinheit zu übernehmen, abgelehnt.

Der Antrag der Deutschnationalen, Grundstücke mit eigener Wasserleitung von der Beitragsleistung zur Gemeindefinanzierung zu befreien, wurde abgelehnt. Der Antrag der kommunalistischen Partei, daß die öffentliche Wasserversorgung vom Staat zu übernehmen ist, der den Gemeinden auf dem Wege der Anleihe ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen hat und zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung sofortige Durchführung dieser Arbeiten verlangen muß, wurde von den Nationalsozialisten bis zur SPD abgelehnt.

Und während im Sächsischen Landtag die Mittel für die selbstverständlichen Aufgaben verweigert und damit die Erwerbslosigkeit tief gefestigt wird, bereitet Brüning mit Unterstützung der SPD die praktische Liquidierung der Erwerbslosenfürsorge vor. Das heißt die Betriebsräte dürfen auch in Zukunft keine Beiträge zahlen, aber diese Gelder müssen zur Erhaltung des Sozialdemokratischen hohen Beamtenkörpers und zu anderen Zwecken verwendet werden, weshalb die neue Notverordnung die Unterfütterung fast auf den Nullpunkt herabdrückt.

Den Gemeinden aber wird der letzte Groschen genommen, in ihren Mauern sitzt der Heilige und sie sollen die Arbeitslosen in die „Wohlfahrt“ nehmen, damit sie nicht so plöcklich verhungern. Aber auch hier ist kein Geld da und die Folge wird sein, daß sich die Betriebe wehren, daß gemeindliche Arbeiten auf dem Wege der Zwangsarbeit von den Wohlfahrtserwerbslosen durchgeführt werden. Als Lohn gibt es nur den Wohlfahrtssack. Das ist die praktische Einführung der Arbeitslosigkeit! Es wird höchste Zeit, daß sich die Proleten zur Abwehr sammeln!

### Treffen der roten Kavallerie in Dresden

Mittwoch, 1931.

Am Sonntag, dem 23. Mai, treffen sich die Roten und Radfahrer der Sportopposition in Dresden. 18 Uhr Start zur Rundfahrt durch die Stadt. 20 Uhr Begrüßung der auswärtigen Sportler (200 Radfahrer) im Bürgergarten Kötzau. Kameradschaftliches Beisammensein, Tanz.

Der Arbeitermotor- und Radfahrerverein Dresden-Mittag, der KV, ladet alle Dresdner Radfahrer und Arbeiter ein, sich reiflos an diesem Treffen zu beteiligen.

Sonntag, den 24. Mai, Start nach Schandau und Dampferfahrt nach Teichschloß. Treffen mit den säch. Rad- und Motorfahrern. Fahrpreis hin und zurück per Dampfer 1,65 Mk. Grenzansweis 50 Pfennig. Teilnehmer, die Hochräder und Motorräder haben, werden im Bürgergarten bei der Rundgebung.

### Beim Baden ertrunken

Wien. Ein 25-jähriger verheirateter Hilfsarbeiter vom Pflanzhaus Sonnenstein ertrank beim Schwimmen in der Elbe zwischen dem Hege und der Poststraße. Seine Leiche konnte nach nicht abgehoben werden. Der Ertrunkene war mit einer blauen Badehose bekleidet.

Techn. Stetigkeit. In diejenige Eisenbahnstrecke, die durch die Elbe zu gewinnen, die Erde abgetragen. Dabei fiel man auf Knochenberge. Wahrscheinlich handelt es sich um ein Massengrab aus den Kämpfen von 1813. Die Schädel waren noch gut erhalten und die Knochen noch vollständig in den Knochen. In den Heberbetten der Uniformen befanden sich kupferne Knöpfe, um welche Knochengehäuse es sich handelt, was nicht zu erkennen. Man hofft bei weiteren Ausgrabungen genauere Feststellungen machen zu können.

### Tödlicher Sturz mit dem Motorrad

Stolpen. Der Bildhauermeister Edward Böhmann von hier kam am Sonntag auf der Bergstraße zwischen Hiltzsch und Stolpen in der Nähe der Schule mit seinem Motorrad schwer zu Sturz. Er schlug sehr schwer auf und erlitt einen Schädelbruch. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus harb er. Der Grund des Unfalls ist noch nicht aufgeklärt. Wahrscheinlich ist eine Unebenheit der Straße daran schuld, daß er die Führung über sein Rad verloren hat.

Seidenau. Hier schlug der Bildhauermeister am Sonntag niederstürzenden Gewitter in die Elbe des Grundstücks von Wilhelm Jähnig, Dohnauer-Edel-Gabelbergstraße ein. Der Unfall wurde beschädigt.

## Elternratsfikung der Schillerchule Freital-Dö

(Arbeiterkorrespondenz)

Gleich in der ersten Sitzung zeigte sich die treue Verbundenheit der „Wellschen“ mit den Christlichen. Auf der Tagesordnung stand die Wahl der Leitung. Mit warmen Worten empfahlen die Christlichen, den weltlichen Herrn Hipper zum ersten Vorsitzenden zu wählen. Das Ergebnis der Abstimmung war dann auch 9 Stimmen für Hipper gegen 1 Stimme des proletarischen Schulkampes. Zum Deute stimmten nun die Weltlichen geschlossen für einen Christen als zweiten Vorsitzenden — wieder nur gegen die Stimme des proletarischen Schulkampes. Das ist also der Kampf der SPD gegen Kulturreaktion.

Im nächsten Punkt stellte Genosse Kossik den Antrag, Oberlehrer Schrapel, Dresden, über das Thema „Die Kindererziehung in Sowjetrußland“ in einer öffentlichen Elternversammlung sprechen zu lassen. Sofort hatten sich bei den Einzelkämpfern Handstreichern ein. Sie lehnten ab mit der Begründung, daß

die Elternabende immer so schwach besucht wären. Der tiefere Grund war natürlich, den Eltern die Wahrheit über Sowjetrußland vorzujubeln.

Eltern, Entsetzt, ihr leht daraus, wie es mit dem Kampf der Wellschen gegen Kulturreaktion ausseht. Wegen diese Maßnahmen müht ihr protestieren; ihr müht fordern, daß eine Versammlung stattfindet, die auch über die Verhältnisse in Sowjetrußland aufklärt.

### Die Rämberin auf 4 Wochen verboten!

Massenwerbung für das Organ der wertvollen Frauen muß die Antwort sein auf die Maßnahmen der Brüning-Diktatur. Genossinnen, organisiert sofort Hausagitationen. 1000 neue Leserinnen ist das Ziel.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Tube 54 Pf. Große Tube 90 Pf.